

Seit 2003 bin, oder jetzt muss ich ja sagen, war ich in der Selbsthilfegruppe Psychiatrie-Erfahrene sehr aktiv. Ich bin Vorstandsmitglied im Bundesverband Psychiatrie Erfahrener e.V., in der Landesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener Niedersachsen e.V. und Mitglied im Psychiatrieausschuss sowie in der Besuchskommission Weser-Ems/Süd. Außerdem bin ich Sprecherin der Psychiatrie-Erfahrenen im Behindertenforum. Bis vor Kurzem war ich auch erste Vorsitzende in der Unabhängigen Psychiatrischen Beschwerdestelle Region Osnabrück. Dort wurde ich leider rausgemobbt.

In unserer Selbsthilfegruppe Psychiatrie-Erfahrener, die ich seit 2003 regelmäßig besuchte, haben im Laufe der Zeit die Beschwerden und schlimmen Erfahrungen mit der psychiatrischen Behandlung immer mehr Raum eingenommen. Schließlich haben wir uns überlegt, diese Thematik aus der Gruppe auszulagern, damit in der Selbsthilfegruppe die eigentliche Selbsthilfe nicht zu kurz kommt. So entstand die Idee, eine unabhängige psychiatrische Beschwerdestelle zu gründen. Die Beschwerdestelle wollten wir aber nicht alleine gründen, sondern die Profis und Angehörigen sollten mit ins Boot geholt werden. Wir brachten die Idee mehrfach in den Gremien des sozialpsychiatrischen Verbundes, in denen wir auch aktiv Mitglied sind, ein. Die Mitglieder waren an der Gründung einer solchen Beschwerdestelle zwar interessiert, störten sich aber an den Begriff: „Beschwerdestelle“. Da wir im sozialpsychiatrischen Verbund mit unser Anliegen nicht so richtig weiter kamen, haben wir die Idee zur Gründung dieser psychiatrischen Beschwerdestelle im Trialog (Psychoseseminar) eingebracht. Dort stießen wir auf ein größeres Interesse und gründeten somit einen Arbeitskreis. Dieser Arbeitskreis traf sich ca. alle 3 Wochen. Um die Beschwerdestelle voran zu bringen gründeten wir im Mai 2007 einen Verein mit einem dreiköpfigen Vorstand. Ich wurde als Betroffene zur ersten Vorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende war bzw. ist eine Sozialpädagogin und der Kassenwart ist ein gesetzlicher Berufsbetreuer. Den Mitgliedern des Vereines war es sehr wichtig, dass der erste Vorsitz aus den Reihen der Betroffenen kommt. Nach einem weiteren Jahr Vorbereitung ging die Beschwerdestelle im September 2008 an den Start. Die Beschwerdestelle besteht aus einer 17 köpfigen Beschwerdekommision, die sich aus Psychiatern, Pflegern, Sozialarbeitern, Psychologen, Richtern, Betreuern, Anwälten, Angehörigen, Seelsorgern und Betroffenen zusammensetzt.. Es war uns sehr daran gelegen, dass diese trialogisch zusammengesetzt ist.

Somit hätten wir die Möglichkeit, komplizierte Beschwerden in dem Gremium zu besprechen und von allen Seiten unbefangen zu beleuchten. Die Kommission sollte Psychiatrie-Erfahrene und deren Angehörige bei der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber Institutionen und Behandlern unterstützen. In erster Linie sollte in einem Schlichtungsgespräch versucht werden, den Vorfall mit allen Beteiligten zu klären und gemeinsam überlegen, wie es in Zukunft besser laufen könnte.

Die Beschwerdestellen können nämlich in Fällen, wo etwas schief gelaufen ist, zufriedenstellende Lösungsvorschläge erarbeiten, was in manchen Fällen eine erneute Einweisung in die Psychiatrie verhindern kann. Sie leisten dadurch auch eine sekundäre Prävention und durch konstruktive Vorschläge tragen sie dazu bei, dass die Qualität der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung und Behandlung angehoben wird.

Unser Ziel sollte es sein, insgesamt eine bessere psychiatrische Behandlung bzw. Versorgung zu erreichen. Wir wollten die Profis dafür sensibilisieren, dass sie sich damit auseinandersetzen, wie die Behandlung bei den Betroffenen ankommt. Zudem sollte mit Hilfe der Beschwerdestelle die Behandlung patientenorientiert verbessert werden. Das würde ebenfalls zur Genesung des Patienten beitragen.

In unserer Beschwerdestelle lief es trotz guter Ansätze doch etwas anders. Die Querelen begannen schon im September 2008: Die stellvertretenden Vorsitzende und der Kassenwart ließen mich mit der Einrichtung des Büros der Beschwerdestelle im Regen stehen. Die

beiden fuhren in den Urlaub ohne – trotz meiner mehrfachen Bitte - vorher abzuklären, wer welche Aufgaben bei der Einrichtung des Büros übernimmt. Mit Hilfe der Psychiatrie Erfahrenen Selbsthilfegruppe stellte ich einen Antrag auf Anschubfinanzierung.

Dieser Antrag wurde mit 1000 Euro bewilligt, womit wir dann das Büro einrichteten. Nachdem die beiden aus ihrem Urlaub zurück kamen, machten die beiden mir nur Vorwürfe. Das Büro hätte mit Block und Bleistift beginnen sollen. Die Freischaltung der Telefon- und Internetleitung wäre fast daran gescheitert, weil der Kassenwart mehrmals falsche Adressen angegeben hatte.

Ich erklärte dem Kassenwart, wie man die Einziehung der Mitgliedsbeiträge problemlos umsetzt. Dem Verein entstanden erhebliche Kosten wegen Rückläufer, weil er sich über meinen Ratschlag hinweggesetzt hat. Nach dem Wechsel meiner Bank akzeptierte der Kassenwart meine neuen Kontodaten nicht, obwohl ich ihm diese zwölf mal übermittelt habe. Somit zog er die Mitgliedsbeiträge von meinem alten, gelöschten Konto ein, wodurch erneut Kosten durch Rückläufer entstanden. Schließlich sollte ich meinen Mitgliedsbeitrag selbst überweisen, ansonsten würde er im kommenden Jahr drei Beiträge auf einmal von meinem Konto einziehen.

Der Kassenwart verschwieg Beschwerden bezüglich seiner Mitgliederverwaltung, die zuvor von Mitgliedern bei ihm schriftlich eingegangen waren. Mich erreichten zusätzlich telefonische Beschwerden eines Mitgliedes, welches ausgefüllte Beitrittserklärungen der anderen Mitgliedern per Post erhalten hatte.

Wir hatten überlegt, die Kassenprüfung drei Tage vor der Mitgliederversammlung zu machen, damit Probleme noch vor der Mitgliederversammlung gelöst werden können und somit die Kasse entlastet wird. Trotzdem hat der Kassenwart die Kassenprüfung eine halbe Stunde vor der Mitgliederversammlung angesetzt, obwohl es anders vereinbart war.

Als es um den Umzug der Beschwerdestelle ging, musste ich immer wieder den Kassenwart daran erinnern, den Telefonvertrag zu kündigen, was er dann nach mehrmaligen Aufforderungen von mir zwei Wochen vor Umzug dann endlich tat. Ich habe mich dann dafür eingesetzt, dass wir vorzeitig aus dem Vertrag kommen. Dadurch blieben dem Verein erhebliche Kosten erspart. Dabei kam dann auch heraus, dass er entgegen der Vereinbarung der kompletten Kommission den Telefon- und Internetanschluss auf seinen privaten Namen angemeldet hatte.

In einer Vorstandssitzung vor der Mitgliederversammlung wurde beschlossen, tausend Flyer für die kommenden Mitgliederversammlung zu drucken. Wegen meiner schwierigen finanziellen Verhältnisse vereinbarte ich mit dem Kassenwart, mir das Geld für die Flyer von einem anderen Mitglied zu leihen, der diesen Betrag auf der Mitgliederversammlung vom Kassenwart zurückbekommen sollte. Ich lieh mir wie vereinbart das Geld und druckte die Flyer. Danach rief ich den Kassenwart an, um ihn mitzuteilen, wie viel Geld er dann für das Mitglied zur MV mitbringen müsste. Da leugnete er die Vereinbarungen zum Druck der Flyer, weigerte sich, dem Mitglied das Geld zurückzuzahlen und knallte mir den Telefonhörer auf.

In einer E-Mail schrieb ich dem Kassenwart, dass das Aufknallen des Hörers keine Grundlage für eine gute Zusammenarbeit im Vorstand bildet. Ich bat ihn in Zukunft, das man vernünftiger miteinander umgeht und sich an Vereinbarungen hält.

Nach der Mitgliederversammlung kam der Kassenwart auf mich zu und schimpfte mich lauthals vor versammelter Mannschaft wegen der E-Mail am Tag zu vor aus. Dann rannte er raus, ohne dass ich die Möglichkeit hatte mich dazu zu äußern. Danach erfuhr ich von einer Freundin, die ja auch Kassenprüferin war, dass der Kassenwart die Kassenprüfung dazu genutzt hatte, mich bei meinen Freunden schlecht zu machen, indem er Unwahrheiten über mich erzählte. Daraufhin schrieb ich wieder eine Mail dass dadurch das Vertrauen gebrochen sei und bat ihn um Entschuldigung und in Zukunft doch solche Probleme anstatt hinter meinen Rücken mit mir persönlich zu klären,. Auf der folgenden Vorstandssitzung teilte der Kassenwart mit, dass er von seinem Amt zurücktreten wolle,

da er unter solchen Voraussetzungen mit mir nicht mehr zusammenarbeiten könne.

Von einer Entschuldigung keine Spur. Im Gegenteil. Er versuchte, alle seine Verhaltensweisen auf mich zu projizieren. Die zweite Vorsitzende stellte sich auf die Seite des Kassenswartes und nahm ihn in Schutz. Immer wieder habe ich versucht, die Probleme mit dem Kassenswart auf friedlichen Wege zu klären. Meine Klärungsversuche interpretierte die zweite Vorsitzende so, dass ich immer nur nach Fehlern des Kassenswartes suchen würde um dann auf ihm herumzuhacken.

Während meiner gesamten Zeit im Vorstand, haben sich die beiden anderen Vorständler immer wieder abgesprochen, um mich zu überstimmen. Während des Umzuges mussten viele Sachen wie z.B. Büroraumsuche Telefon Internet usw. geregelt und abgesprochen werden. Die beiden Mitvorständler blockierten die Arbeit und den Umzug, indem sie sich weigerten Beschlüsse zu fassen. Wenn ich meine Ideen und Anregungen aus der Betroffenenansicht äußerte, wurde ich als anstrengend abgestempelt. Aus diesem Grunde kündigte die zweite Vorsitzende ebenfalls ihren Rücktritt an. Meine Position als erste Vorsitzende diente wohl nur der Imagepflege und stellte keine reale Vertretung der Betroffenen dar.

Die zweite Kassenprüferin begann zur Zeit der Mitgliederversammlung Ende Mai 2009 Unwahrheiten wie z.B. „ich wäre psychisch Krank und deswegen nicht mehr ernst zu nehmen, ich hätte dem Verein finanziell geschädigt und ein Menschenleben auf dem Gewissen“ usw. über mich im Kreise der Mitglieder und in anderen Institutionen zu verbreiten. Ich wurde von allen möglichen Personen angesprochen und musste mich immer wieder rechtfertigen. Ich versuchte mit mehreren Mails die Sache zu schlichten, indem ich die zweite Kassenprüferin immer wieder bat, die Sache richtig zu stellen. Schließlich stellte die zweite Kassenprüferin bei allen Mitgliedern und der Beschwerdekommision den Antrag, dass ich wegen vereinsschädigendem Verhalten aus dem Vorstand ausgeschlossen werden sollte.

Ich sah mich gezwungen, die Aktionen der zweiten Kassenprüferin gerichtlich verfolgen zu lassen. Leider wurde das Verfahren von Seiten der Staatsanwaltschaft wegen mangelnden öffentlichen Interesse eingestellt.

Von der Selbsthilfegruppe Psychiatrie-Erfahrener, deren Interessen ich im Verein vertreten sollte, erhielt ich so gut wie keine solidarische Unterstützung, obwohl diese die Vorgänge im Verein mitbekommen hatten. Die Mitglieder aus unserer Selbsthilfegruppe waren immer mit im Verteiler und somit immer in Kenntnis gesetzt. Sie hätten nur wenigstens einmal sich einschalten können und schreiben, dass sie meine Ausführungen bestätigen. Sie hätten auch zum Kassenswart, mal sagen können, dass er nicht immer hinter meinen Rücken über mich schimpfen solle, sondern die Probleme mit mir selber zu besprechen und zu klären. Aber es kam nichts, obwohl meine Freundin und ich sogar darum gebettelt hatten. Ich habe mich von der Selbsthilfegruppe getrennt und bin auch aus dem Verein der Beschwerdestelle ausgetreten. Ich fühlte mich genötigt meinen Vorstandsposten niederzulegen. Die Zustände im Verein der Beschwerdestelle wurden für mich immer unerträglicher und belasteten mich sehr. Auch die mangelnde Solidarität der Selbsthilfegruppe konnte ich nicht länger mehr ertragen.

Da die zweite Vorsitzende und der Kassenswart schon weit vor meinem Austritt von ihren Vorstandsposten zurücktreten wollten, beraumte ich eine außerordentliche Mitgliederversammlung an. Nach meinem Austritt war mir klar, dass bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung alle drei Vorstandsposten neu besetzt werden müssten.

Trotz der für mich starken psychischen Belastung entschloss ich mich auch zu der Mitgliederversammlung zu gehen. Die beiden Mitvorständler versuchten die Missstände im Vorstand des Vereines durch Unwahrheiten zu vertuschen. Ich war froh, dass ich wenigstens vor versammelter Mannschaft einmal die Sache richtig stellen konnte. Daraufhin folgte nur großes Schweigen. Als bekannt wurde und klar war, dass ich meine Posten endgültig niedergelegt hatte, kam heraus, dass

die beiden Mitvorständler von ihrem Rücktritt nichts mehr wissen wollten. Sie blieben somit zu zweit im Vorstand, weil sich kein dritter Bewerber fand.

Die Mitglieder der Selbsthilfegruppe Psychiatrie-Erfahrener hätten auch fordern können, dass es nun zu einer öffentlichen Aussprache kommt, weswegen ich eben zurückgetreten war. Stattdessen wurde ich nur ganz schnell weggelobt.

In diesem Moment wurde mir bewusst, dass es sich hier um Mobbing gegenüber meiner Person handelte.

Dabei habe ich über 5 Jahre diese Institution mit Leib und Seele mit aufgebaut und viele Stunden dafür geopfert. Die Beschwerdestelle sollte doch eigentlich als „Sprachrohr“ der Betroffenen dienen und deren Beschwerden bearbeiten. Die Zerwürfnisse hier im Vorstand widersprechen eigentlich den in der Satzung festgelegten Zielen. Auf allen Ebenen habe ich mich für die Gründung und Betrieb psychiatrischer Beschwerdestellen eingesetzt. In der Politik habe ich sogar gefordert, dass diese gesetzlich verankert werden.

Ich habe mich auch immer für Psychiatrie-Erfahrene stark gemacht, wenn man versucht hat, diese nieder zu machen. Das war für mich immer selbstverständlich, dass ich mich für Gruppenmitglieder eingesetzt habe.

Ich dachte auch, dass ich Freunde in der Selbsthilfegruppe gefunden hätte, aber da wurde ich nun wohl eines Besseren belehrt. Schade. Das tut richtig weh.

Die Selbsthilfegruppe und die Beschwerdestelle und noch ein paar andere Gruppenaktivitäten waren mir wirklich so ans Herz gewachsen, dass diese zu meinen Lebensaufgaben wurden.

Die Beschwerdestelle habe ich von Anfang an mit aufgebaut. Es war wie mein eigenes Kind, welches ich mit heranwachsen gesehen habe und mit großgezogen habe. Nun ist alles, die Selbsthilfegruppe und die Beschwerdestelle weg.

Im übertragenen Sinne habe ich mein eigenes Kind verloren. Für mich ist hiermit nun eine Welt zusammengebrochen.

Ich habe vor Ort keine Lebensaufgabe mehr und fühle mich leer und nutzlos.

Ich bin einer Mobbing-Selbsthilfegruppe beigetreten, um all Dieses zu verarbeiten.

Doris Steenken
Spindelstraße 26
49080 Osnabrück
Tel.: 0541/8009522
01520/8983572